

Die Zeitungs-Verkaufs-Preise sind mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage: Für Berlin: 1 Sgr. 2 Pf. für die Provinz: 1 Sgr. 1 Pf. für die auswärtigen Posten: 1 Sgr. 3 Pf. Die einzelnen Blätter werden zu 1/2 Sgr. berechnet.

Die Zeitungs-Verkaufs-Preise sind mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage: Für Berlin: 1 Sgr. 2 Pf. für die Provinz: 1 Sgr. 1 Pf. für die auswärtigen Posten: 1 Sgr. 3 Pf. Die einzelnen Blätter werden zu 1/2 Sgr. berechnet.

# Neue Preussische Zeitung.



Nr. 171. Berlin, Sonnabend, den 26. Juli. 1851.

## Ist eine authentische Interpretation des 13. Artikels der Bundes-Acte und der darauf bezüglichen Artikel der Wiener Schlussacte für die freien Hansestädte notwendig?

Als eine der Hoffnungen der Conföderation in den Hansestädten haben wir es bezeichnet, daß die Bundes-Versammlung von dem nach Art. 17. der Wiener Schluss-Acte ihr zuerkennenden Rechte Gebrauch mache und zur Aufrechterhaltung des wahren Sinnes der Bundes-Acte den 13. Artikel dieses Grundgesetzes, mit specieller Rücksicht auf die freien Städte, erkläre.

Die Wiener Schluss-Acte stellt dagegen die Ansicht auf, daß solche nicht erforderlich, sondern eine gegebene Erklärung in den betreffenden Artikeln der Wiener Schluss-Acte enthalten sei.

Diese Ansicht halten wir für unrichtig und ihre Geltendmachung für schädlich, weil wir uns überzeugt haben, daß das Einbringen des falschen Constitutionalismus und die daraus folgende Erklärung des freien Bürgerthums in einer eben so verkehrten als verbreiteten Anwendung eben dieser Artikel auf die Verhältnisse der freien Städte seine hauptsächlichste Stütze hat.

Durch diese Verdrängung haben wir und veranlaßt, die obige Frage einer näheren Erörterung zu unterziehen.

Der Art. 17. der Wiener Schluss-Acte lautet:

Die Bundes-Versammlung ist befugt, zur Aufrechterhaltung des wahren Sinnes der Bundes-Acte die darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollten, dem Bundesrathe gemäß zu erklären und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern.

Hiervon folgt, daß man nur dann mit Grund die gewünschte authentische Interpretation der erwähnten Artikel für überflüssig erklären könnte, wenn bereit ist, den Beweis anzutreten, daß über deren Auslegung in den Städten (mindestens an ein-hundertfacher Stelle) kein Zweifel obwalte.

Dieser Beweis kann nur durch gute Überzeugung überführt werden; es ist im Gegentheil sehr leicht, zu zeigen, daß es in Hamburg und Bremen seit Einführung der Grundgesetze des Bundes nie an Zweifeln in Hinsicht der Auslegung des 13. Artikels gebricht hat, und daß noch gegenwärtig ständige entgegenstehende Meinungen bestehen für die richtige Anwendung zu erröthen und zu beschämen trachten.

Was zunächst die Vergangenheit betrifft, so erinnern wir daran, wie die Bundesversammlung im Jahre 1848 die Wiener Schluss-Acte in Hamburg ausprüfte:

Die Bundesversammlung hat nicht auf unsere Verfassung und geht uns also in dieser Beziehung gar nichts an.

Dann fährt er fort: — aber der Hamburgische Staat besteht aus der Stadt und dem Gebiet, und an diese Unterteilung schließt er diejenige Auslegung, welche er für die richtige hielt.

Diese ist aber nicht zur Geltung gelangt, sondern die (1848 bis 1850) im Leben gerufenen Meinungen der politischen Stellung der Vorstände und Landesbewohner werden davon weitläufig; nicht ist zu jener Zeit (in der übrigens die Wiener Schluss-Acte bereits dem öffentlichen Rechte angetraut) dieser Punkt in Hamburg zweifelsfrei gewesen.

Die damals getroffenen, noch bestehenden Einrichtungen scheinen im Allgemeinen dem Zwecke zu entsprechen, aber sie haben es nicht verhindert, daß in den letzten Jahren die Behauptung fehlender Repräsentation der Landesbewohner als Verstoß gegen die Bestimmungen zum Umfange der ganzen Verfassung benutzt ist — bis jetzt glücklicherweise ohne praktische Folgen.

In Bremen nannte der Senat (1850) das von ihm zum Antrage des 13. Artikels für angemessen Erachtete die „Gebiet-Repräsentation“, der Bewohner des „Gebietes der freien Stadt Bremen“ sollte, „vor der Hand und bis dahin, daß dieselben, einen noch directen Antheil an den Staats-Verhandlungen zu nehmen, hindernis nicht erachtet werden.“ Veranlassung dargeboten worden, dem Senat Erinnerungen, Wünsche u. s. w. vorzubringen. Die Bürgerchaft aber zog die Richtigkeit dieser Interpretation des 13. Art. in Zweifel, denn sie bezieht sich ihre Erklärung vor, und die Sache blieb liegen.

Die Brüche, welche Bremen seit 1848 vom Bunde der Zweifeln in Hinsicht des Verfassungswortes hat bezeugen müssen, sind von solcher Art, daß wir in einer Zeit, wo ihre ganze Blüthe von unseren Freunden gesichert wird, sie hier ihnen nicht vorhalten mögen.

In Lübeck bietet die frühere Zeit, so viel uns bekannt, nicht Gelegenheit dar; um so mehr aber gebührt die Aufmerksamkeit, daß die neue, zu Anfang 1848 fertig gewordene und eingeführte Verfassung eine nach Städten (Gebiete, Kaufleute, Krämer, Gewerbetreibende und Landleute) aus Stadt und Land gewählte Repräsentanten-Versammlung mit sich brachte; daß aber, nach Verlauf weniger Monate, von dieser neuen Schöpfung nichts übrig blieb, als der von ihr (uneigentlich) geführte Name „Bürgerchaft“. Dieser ging, in Folge der März-Verhältnisse, wie eine Handlungsform auf einen dritten Anhalter, nämlich eine nicht-ständische Repräsentation, über, welche noch gegenwärtig besteht.

Solches nennen wir die nachträgliche Färbung der vormaligen Verfassung; übrigens scheint es, daß diese neue Farbe auf natürlichem Wege, nämlich durch überhandnehmende Theilnahmlosigkeit bei den Wahlen, verblühen wird. Was dann kommt, muß die Folge lehren.

Das Vorstehende wird zum Nachweise genügen, daß der im Art. 17. der Schluss-Acte vorgesehene Fall „entstehenden Zweifels“ in der vorliegenden Beziehung stattgefunden hat und, mindestens in Bremen und Hamburg, noch stattfindet.

Hiervon ist aber die Frage allerdings formell dahin erledigt, daß die authentische Interpretation des 13. Artikels der Bundes-Acte und der darauf bezüglichen Artikel der Wiener Schluss-Acte für die freien Städte lediglich als eine Erfüllung des „Befehls“ der Bundesversammlung angesehen werden darf.

Diese Forderung wird nicht im Mindesten geschwächt durch den Umstand, daß es in beiden Städten Staatsmänner giebt, welche das, was zur Durchführung ihrer Ansichten dienlich ist, aus den betreffenden Artikeln zu deduciren vermögen; auch dadurch nicht, daß politische Parteien mit Auslegung in ihrem Sinne auftreten, wenn diese auch höchst conservativ sind und u. a. in Hamburg eine starke Stütze für die Institution der freien Bürgerchaft in jenen Artikeln nachweisen können.

Das Alles gilt ja, selbst dem Staatsmänner aus dem Standpunkte der Revolution argumentiren dürfen, lediglich als Vorrede.

Wenn aber solchermaßen der Streit der Meinungen das Wort und die Wurzel des Verfassungsrechtes in den Städten erreicht, dann müssen alle besonnenen Conservativen wünschen, daß durch eine höhere Hand der Boden des Rechts befestigt und dem Zweifel und Streit eine rechtmäßige Schranke gesetzt werde.

Dies kann auf rechtsehrbedingte, die „Staatsmänner“ wie die einzelnen Bürger in den Städten bindende Weise nur von der Bundesversammlung selbst geschehen.

Es dürfte in mehrfacher Hinsicht zweckmäßig sein, die Sache auch von der andern Seite zu beleuchten.

Eine bekannte und sehr erhellende Erklärung ist es, daß den zur Leitung großer monarchischer Staaten berufenen, unter dem Einflusse monarchischer Staatseinrichtungen gebildeten Staatsmännern, aus denen vorzugsweise die Bundesversammlung besteht, der Geist unserer freien Städte-Verfassungen und das Wesen ihres Conflictes mit dem modernen Einbringen, dem Constitutionalismus, nicht sofort aus den Zuständen der Gegenwart klar entgegentritt. Auch ist die Hoffnung unserer Constitutionellen, den Willen großer Staatsmänner für die theils projectirten, theils zu Stande gebrachten Grundparlamente zu gewinnen, gerade darauf hauptsächlich basirt, daß die Herren „da oben“ nicht in das innere Verhältniß der Sache eindringen würden, falls diese etwa am Bundeszuge zu Förderung gelangen sollte.

Das Gesteht ist ganz natürlich, das Legtere durchaus praktisch.

Wenn solche Staatsmänner den Bräutigam der Grundgesetze des Bundes an die modernen Verfassungsentwürfe in den Hansestädten anlegen, so werden sie vielleicht in die diesen Projecten sich fundierende Kleinlichkeit befallen; sie werden es unerschrocken thun, warum man in den Städten sich so kühnliche constitutionelle Ansprüche anheben wolle; aber dabei können sie ganz unbedarft bleiben von dem Verhältnisse des grundverderblichen Widerspruches zwischen diesen Verfassungs-Projecten und den Bundes-Grundgesetzen.

Sieht man doch seit 1815 unbedenklich in Monarchien moderne Wahl-Kammern an die Stelle altberühmter Landstände, warum sollte es denn ein so unbedeutendes Ansehen auf das Princip der Repräsentation sein, wenn 1848 die freien Städte schloßen, ihre städtischen Bürger-Convente nach Hause zu schicken und in Stadt und Land Wahlvereinigungen auszusenden, um Repräsentanten ihrer Staatsbürger zu wählen, — zumal wenn dabei noch die Verträge beobachtet werden, für die Staatsparlamente den Namen „Bürgerchaft“ beizubehalten?

Warum soll die Bundesversammlung Noth davon nehmen, in welcher Weise in Hamburg oder Bremen eine „Bürgerchaft“ convocirt, oder ein Gesetz zu Stande gebracht wird?

Kann es ihr nicht genügen, daß, wie bisher so auch ferner, in den Städten zwei Verwaltungen existiren? — die eine heißt Senat, die andere heißt Bürgerchaft; dieser ist dem Bunde verantwortlich für Ruhe im Innern, für geregelte Geschäftsführung nach Außen, für gehörige Ausführung der National-Beiträge, Erhaltung der Contingente und Erfüllung sonstiger Bundespflichten; diese existirt für den inneren Haushalt, zur Befriedigung des öffentlichen Bedürfnisses, sie mag immerhin auch in deutscher oder ungarischer Politik keine Verhältnisse machen, so lange sie nur niemanden außerhalb der Stadt verdrängen, die Freiheit des Senats, und kann nöthigenfalls der Bund verhindern.

Sind diese nicht ganz nahegelegene Auffassungen für Staatsmänner, denen das Wesen unserer Verfassungen fremd ist; ja, noch mehr, müssen wir uns nicht eingeben, daß gar Manche unter uns sind, die nicht viel tiefer gehen?

Denn doch haben solche Auffassungen rein an der Oberfläche, und alles Gute und Gedeihen im Gemeinwesen der Städte kann von ihnen zu Grunde gehen, ohne sie im Geringsten zu berühren.

Die Schule davon fällt ohne Zweifel auf die Städte selbst, aus denen so gar feldene und schwache Repräsentanten eines besten Theiles in weiten Kreisen vertrieben worden sind, und in denen so wenig dafür gethan ist, daß rechte Verhältnisse ihrer freien Verfassungen, außerhalb und innerhalb ihrer Mauern, zu fördern.

Wie sollen die Werke hochhehender Staatsmänner auf den freien Städten mit Verleumdung und Abwertung vor deren Verfassungen ruhen, wenn die Städte sich nicht als Träger geordneter, rechtmäßiger Bürgerfreiheit, im Gegentheil zu dem Phantome einer erdumtümten Volksherrschaft, bekehren?

Dazu mit allem Rechte beizutragen, ist die Aufgabe der Conföderation in den Städten; das, was wir noch besitzen, und wir besitzen also noch viel von dem Geiste der Vorfahren, das müssen wir bewahren und pflegen, und aus dem wahren Schutze, den die Revolutionen darüber gebietet haben, müssen die alten Kleinode hervorgehoben werden, um gerettet, in neuer Fassung, zur Biederkeit des Vaterlandes und zum Heiligtum der Bürger der Städte zu dienen.

Daß bei solchem Streben unsere Gegner vornehmlich unter unsern Mitbürgern sind, ist eben so traurig als gewiß; aber diese Wahrnehmung darf uns so wenig ermutigen, als jene anzuregen, daß gerade bei solchen Reden unter diesen das Verhältniß der aus den Grundgesetzen des Bundes hervorgehenden Konsequenzen für die Städte-Verfassungen erst gewacht werden muß.

Nach Art. 17. der Wiener Schluss-Acte:

Die Bestimmungen in Bezug auf den 13. Artikel der Bundes-Acte auf die freien Städte in so weit anwendbar, als die betreffenden Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen.

— die „besseren“ Verfassungen derselben — welche Verfassungen können damit gemeint sein?

Im Jahre 1820, als die Schluss-Acte verfaßt ward, standen Hamburg und Lübeck altberühmte Verfassungen so durchaus unangefochten da, daß in diesen Städten die Worte für die Auslegung der Bundesgrundgesetze unweifelhaft vorlag.

Bremen war freilich damals eben am „Revolvern“, und dies Geschäft nahm zuweilen eine solche Wendung, daß man glauben konnte, die alte Verfassung habe gar keinen positiven Grund und Boden mehr gehabt. Solcher Ansicht steht jedoch entgegen, daß der Senat in den damaligen Verhandlungen mit großer Konsequenz den Grundlag aufrecht erhielt; daß nicht von einer erst zu vereinbarenden Verfassung, sondern von zu vereinbarenden „Verbesserungen der bestehenden Verfassung“, einzig die Rede sei.

Das Revolvergeschäft scheint überdies nicht zu einem festen Abschlusse gelangt zu sein.

Im gegenwärtigen Zeitpunkte ist bekanntlich für Hamburg die rechtliche Lage der Sache noch unverständlich; dagegen sind in den beiden anderen Städten durch die unzulängliche in ansehnlicher Wirksamkeit stehenden „neuen Verfassungen“ besondere Verhältnisse begründet, die zu berücksichtigen sein werden, obgleich sie flüchtig für die Bundes-Versammlung nicht maßgebend sind.

Den Staatsmännern in den Städten kann es nämlich unmöglich entgehen, daß der Art. 55 der Wiener Schluss-Acte sich nicht auf die freien Städte bezieht, vielmehr eine sie beschränkende Wirkung hat.

Wenn man den Art. 57 dieser Acte analysirt, so ergiebt sich nach Inhalt und Wortlaut derselben Folgendes:

Dadurch, daß der Deutsche Bund (mit Ausnahme der freien Städte) „aus souverainen Fürsten“ besteht, ist „ein Grundbesitz gegeben.“

Aus diesem Grundbegriffe „folgt“, daß

a. „die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staats vereinigt bleiben muß“, und daß

b. „der Souverain durch eine landständliche Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann.“

Wenn man von diesen Bestimmungen nicht sagen will, was Barthelemy, wie bereits erwähnt, einst vom 13. Art. der W.-A. sagte: „es paßt nicht auf unsere Verfassung und geht also in dieser Beziehung gar nichts an“, sondern darin, wie unsere Bremer Freunde, eine genügende Erklärung des 13. Artikels erblicken will, so wird man die folgenden Anwendungen auf die Städte nicht abzuweisen vermögen.

In Hinsicht der „souverainen Fürsten“ bilden die Städte eine ausdrücklich hervorgehobene „Ausnahme“. Dagegen kann der durch das Capitulum fortwährend gegebene Grundbegriff, mutatis mutandis, sich gar wohl in den Städten wiederfinden. „Nimmt man den Ausdruck Souverainetät überhaupt als identisch mit „Staatsgewalt“, so kann auch von einer souverainen Stadt oder „Republik die Rede sein.“ (Zachariae Deutsch. St. und Bundesr. I. 38.) und wenn auch die Bundesgesetze sich niemals des Ausdrucks „souveraine Städte“ bedienen, so geschieht dies doch häufig von unsern Staatsmännern.

Da nun eine einzelne Person als „Oberhaupt des Staats“ in den Städten nicht nachgewiesen werden kann, so fragt es sich zunächst:

Wer ist verfassungsmäßig in ihnen das Subject der höchsten Gewalt?

Die Antwort ist, nach Maßgabe der alten Verfassungen, in allen drei Städten ganz unweifelhaft gleichlautend: die Stadtgemeinden (Begr. J. a. a. O. I. S. 445), und zwar:

der Rath (Senat) als die ordentliche Obrigkeit, durch die Verfassung mehr oder weniger vereinigt mit der Bürgerchaft.

Die Hamburgische Verfassung sagt als Fundamentalsatz, daß „bei U. G. Rath und Bürgerchaft Bürgerchaft, inseparabil, nexu conjunctum und zusammen, das Krönchen oder das höchste Recht und die höchste Gewalt in dieser Stadt bezieht.“

Wenn nun nach Art. 57 der Schl.-Acte die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staats vereinigt bleiben soll, so ist unabweisbar klar, daß diese Verfassung entweder keine Anwendung auf die Hansestädte leidet, oder daß sie den Sinn für sie hat:

die Stadtgemeinden, und zwar die in diesen verfassungsmäßig bestehenden Obrigkeiten (Senat) in verfassungsmäßiger Vereinigung mit der verfassungsmäßig vereinigten Bürgerchaft, sollen, nach den Grundgesetzen des Bundes, die Träger der gesammten Staatsgewalt „bleiben“.

Hieraus folgt aber, daß nach den Grundgesetzen des Bundes diejenigen Theile der Verfassungen der Städte, welche

a) die Obrigkeit (Magistrat, Bürgermeister, Rath und Senat);

b) die Bürgerchaft;

c) die Verbindung oder Vereinigung beider als Subject der Staatsgewalt (Krönchen, Consent)

betrifft, nicht eigenmächtig geändert werden dürfen, sondern daß Änderungen derselben nur dann rechtliche Gültigkeit erlangen können, wenn der Bund durch sein verfassungsmäßiges Organ (die Bundes-Versammlung) selbst für zulässig befunden und mittelst eines förmlichen Beschlusses genehmigt hat.

Bei der selten, genauen und vollständigen Abfassung der Hamburgischen Verfassungsurkunden ist die Entscheidung einschläglicher Streitfragen in jedem einzelnen Falle nicht schwierig; dieselbe erfordert nur Kenntniss der Verfassung und Wahrheitsliebe.

In den andern beiden Städten können einzelne Fragen, in Folge der „besonderen Verhältnisse“, schwieriger werden; wie wohl u. a. die Erkenntniss der Unzulässigkeit der §§ 3 und 4 der neuen Bremer Verfassung eben kein tiefes Studium erfordert. Diese lauten:

§ 3. Alle Staatsgewalt geht von der Gesammtheit der Staatsbürger aus.

§ 4. Mit der Ausübung der Staatsgewalt sind beauftragt der Senat, die Bürgerchaft, die richterlichen Behörden.

Bestimmungen dieser Art, sofern sie überhaupt einen Sinn haben, entsprechen etwa der Repräsentation eines monarchischen Bundesstaates, wobei die Person des bisherigen Fürsten mit der Repräsentation-Rolle bekleidet, die Wahl seines Nachfolgers aber und die Begrenzung seiner Regierungsgewalt dem „souverainen Volke“ anheim gegeben würde.

Weil es nun am Tage liegt, daß in Hamburg wie in Bremen solche dem Zweck und Geist der Bundesverfassung widersprechende Grundzüge praktisch geltend gemacht werden; und weil es ferner am Tage liegt, daß die Begriffsverwirrung so weit gediehen ist, um in der letzten Bremer Verfassung und in der projectirten Hamburgischen Bremer-Verfassung, „conservative Elemente“ zu finden, welche die Verfassung constitutionellen Umlauts und Wahnsinns erträglich machen sollen; und weil schließlich solche krankhafte Zustände nach dem Gebiete der Verfassung, daß eine höhere Intelligenz die Anhaltspunkte für die erforderlichen „Correcionen“ feststellt, so find die Conföderation zu der Schlussfolgerung berechtigt, daß eine authentische Interpretation des 13. Artikels der W.-A. und u. a. in Bezug auf die freien Städte notwendig sei.

Hamburg, den 18. Juli 1851.

Abgesehen von Berlin, von Wien oder von Bremen mit Hülfe der verfahrenen Methoden in der Reihenfolge der Rammern vor.

Berlin, den 23. Juli 1851.

General-Post- und Amt. Schmidt.

Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten.

Nr. 113.

Die Plenar-Versammlung der ordentlichen Mitglieder der Königlich Preussischen Kammer fällt für den Monat Juli wegen der Ferien aus.

Berlin, den 24. Juli 1851.

Königliche Akademie der Künste.

Polizei-Präsident.

Nr. 113.

Die Sperr-Verträge des Reichs nicht, wegen Erneuerung des Erlaubs, vom 18. d. M. ab während der Dauer des Reichs für Fahrzeit und Reise, auch mehrere Tage für Fußgänger, gesperrt werden, für letztere aber alsdann eine Ueberfahrt eingerichtet sein.

Berlin, den 21. Juli 1851.

Königl. Polizei-Präsident. v. Gindelsberg.

Angenommen: St. Ger. der Anhalt-Deutsche Staatsminister u. v. d. Hagen.

Abgeordnet: St. Ger. der Prinz Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, nach Rumpenheim.

Natürlich bescheiden wir uns,

daß Alles, was wir bisher in Betreff der ständischen Restauration überhaupt und verfahren, nur in dem Maße und unter der Voraussetzung praktischer Geltung und Anwendung finden kann, wenn die Regierung auf der einen Seite von der Unauflöslichkeit und Gemeinschaftlichkeit der neuen Gewerbe-, Kreis- und Provinzial-Ordnung und auf der andern Seite sich davon überzeugt, daß die alten Provinzialstände ein durch Nichts aufgehobenes verfassungsmäßiges Recht haben, vor der Veränderung der provincialständlichen Verfassung und Verfassung mit ihrem Rath und ihren Wünschen gehört zu werden. Können wir nun auch nur entfernt vermuthen, daß die Regierung nach einer von beiden Seiten in ihrer Überzeugung schwankend wäre, so wären wir kein weiteres Bedenken machen für eine verlorene Sache; müssen wir aber annehmen — wie wir denn verläufig nicht anders dürfen — daß die Regierung in ihrer Meinung gewiß sei, und daß sie sich bei allen bedenklichen Schritten durch das klare Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer Pflicht leiten lassen, dann können wir von alle Dem, was wir bisher geschrieben, auch nicht ein Wort zurücknehmen. Insbesondere müssen wir dabei stehen bleiben, daß von einer bloß interimistischen oder provisorischen, oder wie der Kaiser ausdrücklich sonst lautet mag, daß von einer solchen in der Luft schwebenden Restauration der Städte überall nicht die Rede sein kann. Allerdings ist auf dieser Welt — wie wir dies schon von den Kärnten lernen können — Nichts in dem Sinne denkbar, daß es nicht einer Veränderung und Verbesserung bedürftig, oder einer Aufhebung und Beseitigung ausgesetzt wäre; doch würde es eben um der Allgemeinheit dieser Eigenschaften willen keinen Sinn haben, die Restauration der Städte in dieser Bedeutung und nach dem mit einer gewissen Empfindung eine provisorische zu nennen. Soll daher überhaupt etwas Bestimmtes damit gesagt sein, so könnte der Sache nur der Sinn beigelegt werden, daß die Wiederherstellung der Wirklichkeit der Städte nicht durch deren gutes Recht, sondern lediglich durch das bon plaisir der Regierung bedingt und getragen werde, eine Auffassung, die allerdings, so viel wir wissen, nicht die der Regierung, doch aber noch weit genug verbreitet ist, als daß man dieselbe ignoriren dürfte. Werdeffen wollen wir auch, und auch uns ist mit Bestimmtheit oder in Spiritus gefüllten Städten nur wenig gegen; doch aber wollen wir unsere Verbesserungsvorschläge einen bestimmten Rechtsgutstand zum Grunde legen, und lieber alles Andere annehmen, als die Apokalyptische der Bureaukratie und der Wirklichen Geheimen Ober-Steuer.

Deutschland.

Berlin, 25. Juli. Die Constitutionelle Zeitung macht es sich heute leicht, mit unserer Antwort auf ihre neulichen Aufforderungen fertig zu werden. Sie sucht unsere Satz; daß höhere allgemeine Gesetze bestehenden besonderen Gesetzen keinen Abbruch thun, damit zu befehlen; daß die allgemeine Reichs-Ordnung die particularen Reichsrechte aufgehoben habe. Zunächst muß eine solche Aufhebung ausdrücklich ausgesprochen werden. Zweitens muß dieselbe rechtlich statthaft sein. Welches ist aber nicht der Fall. Die „Constitution“ scheint gar keine Ahnung davon zu haben, daß es in Preußen justisfiable allgemeine Gesetze giebt, welche dort eintreten, wo die bestehenden Provinzialgesetze nicht ausreichen. Wir erinnern nur an das allg. Landrecht, dessen Gültigkeit als allgemeines Landesgesetz dadurch nicht beeinträchtigt wird, daß neben ihm gültige Provinzialgesetze bestehen. Es kann nicht unsere Ansicht sein, daß die Regierung mit jedem allgemeinen Landesgesetz, welches für die Provinzen gelten soll, erst an die Provinzialstände gehen müsse, um dieselbe einwillig festzustellen, obwohl ihr eine solche Befugnis zufließt. Was wir aber behaupten haben, und woran wir festhalten müssen, ist die Forderung: daß Gesetze, welche die Erziehung und Erhaltung der Städte selbst betreffen, vordringend den Städten zur Begutachtung vorgelegt werden, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil eine solche Garantie den Städten durch gesetzliche Feststellung ausdrücklich gewährt worden ist.

— 33. W. der König und die Königin sind heute Morgen 1/9 Uhr von Potsdam hier eingetroffen. Ihre Majestäten nahmen auf dem Potsdamer Bahnhofe Abschied von einander. Se. Majestät der König, Albrecht-Friedrich von Preußen, begaben sich nach dem Berliner Bahnhofe, um von dort aus Albrecht-Friedrich nach den Rheinprovinzen anzureisen. I. W. die Königin und I. K. G. die Prinzessin Marie Auguste von Sachsen begaben sich ebenfalls nach dem Berliner Bahnhofe, von wo Albrecht-Friedrich und Albrecht-Friedrich nach Dresden abreißen. Sicherem Vernehmen nach werden I. Maj. die Königin etwa drei Tage in Dresden verweilen und dann nach Bad Niesky weiter reisen.

— Der Minister-Präsident Herr v. Rantow ist heute Vormittag 11 Uhr zu seiner Familie und zur Fortsetzung der ihm verordneten Kur nach Dröbzig abgegangen.

— Der Minister v. Wertheim ist heute Morgen 2 Uhr den Unterstaatssecretär Herrn v. Rantow in das Ministerium des Innern ein. Heute Abend geht Hr. v. Wertheim nach Schwabach ab. Hr. v. Rantow wird denselben im Ministerium des Innern und dem für landwirthschaftliche Angelegenheiten vertreten.

Der Geh. Regierungsrath Sulzer im Ministerium des Innern ist zum Geh. Ober-Regierungsrath, und in demselben Ministerium beauftragte Regierungsrath Roach zum Geheimen Regierungsrath ernannt worden.

— Hr. v. Groland der Graf von Ruffschin, A. R. Wirklicher Geheimen Rath und außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigt

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Domainenrath de Gläer zu Bonn den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen; und

Den Regierungsrath-Präsidenten in Frankfurt a. d. O. Freiherrn v. Rantow, zum Unter-Staats-Secretär im Ministerium des Innern zu ernennen; sowie

Dem Minister-Präsidenten Freiherrn v. Rantow, die Annahme des ihm von Sr. K. Hoh. dem Großherzog von Hessen und bei Rhein verliehenen Großkreuzes des Ludwig-Ordens zu gestatten.

Ministerium für Handel, Gewerbe u. öffentliche Arbeiten.

W e s t e n d a m a n n

Zur Bequemlichkeit des reisenden Publikums ist die Einrichtung getroffen, daß auf dem hiesigen Bahnhofe der Berlin-Stettiner Eisenbahn Reisende, welche mit dem Bahngange von Berlin bis Bromberg fahren, zugleich Wägen zu der an dem betreffenden Tag sich anschließenden Courierreisen nach Königsberg in Pr., welche täglich einmal geht und nur fünf Posten minimiert, so wie zu der an jedem Tag sich anschließenden Schnellreise nach Königsberg in Pr., bei dem Eisenbahn-Wägen-Expediten lösen können.

Zur Courierreisen werden hier nur Wägen für die ganze Strecke von Bromberg bis Königsberg in Pr. für den Schnellpost-Courier werden Wägen zur Reise von Bromberg bis Königsberg, die Albing und die Danzig (von Dietrichsdorf nach Königsberg) hierzuliege verkauft.

Reisende, welche hierauf das Postbillet mit dem Eisenbahn-Fahrbillet zugleich auf hiesigem Bahnhofe lösen, können sich dadurch einen beträchtlichen Platz für die mit der Post zurückgehende Strecke und geben den



\*) Brandenburg, 24. Juli. Heute haben die Stadtverordneten die Wahlen zu den vacanten Magistratsstellen vollzogen, und sind gewählt: der bisherige zweite Bürgermeister Brandt zur ersten Stelle, der bisherige Syndicus Spitta, mit Beibehaltung des Syndicats, zur zweiten. Für die dritte Stelle hat eine Majorität nicht erzielt werden können.

Die Abreise des Hrn. Minister v. Präsidenten Fürsten von Schwarzenberg nach Krakau ist auf übermorgen festgesetzt worden. — Der kais. k. russische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron von Meyendorff, begiebt sich Samstag zur Badefaison nach Smunden und Wlzl.

**Stuttgart, 22. Juli.** Heute früh hat Sr. Maj. der König eine größere, etwa vier Wochen dauernde Reise angetreten und sich zunächst mit dem ersten Bahzuge nach Ulm begeben, um eine Musterung der dortigen Garnison vorzunehmen, woraus derselbe sodann nach Friedrichshafen weiterreisen und dort etwa 4 — 5

\*S\* Großherzogthum Weimar, 21. Juli. [Ausführung des Schulgesetzes.] In dem neulich hier mitgetheilten § 14 des neuen Schulgesetzes glaubt man auf der einen Seite einen an-

**Pyrmont, 20. Juli.** Das Patent, welches die Abgeordneten für Waldeck und Pyrmont auf morgen zu einem außerordentlichen Landtage einberuft, bezieht sich auf die „Revision des Wahlgesetzes vom 23. Mai 1849 und einige andere Vorlagen“ als Gegenstände der Beschlußnahme.

**Bremen, 23. Juli.** Nach der „N. V. Z.“ ist am 23. die erste Versammlung der neuen Bürgerschaft richtig zu Stande gekommen. Dieselbe hat die seit 8 Tagen bekannt gewordenen demokratischen Wahllisten für verschiedene öffentliche Aemter nach der Schnur vollzogen.

ist es vielleicht nicht uninteressant, die Urtheile

Das erkrankte, „Journal des Débats“ sagt: „Wir sind nicht von denen, die von der großen und ersten Diskussion, die bereit ist, befriedigt sind. Wir glauben, daß nicht befriedigt werden ist, selbst nicht in Verfassung. Die Verfassung ist, was sie gelten muß. Und wenn sie nicht gewisse legale Kraft gegenwärtig hat, hat sie legalen einen großen Teil ihrer moralischen Kraft eingebüßt. Doch einige bezweifle Dinge“ — sagte der Herr, und ich bin verloren. Die Verfassung braucht nur ein, oder zwei Mal auf diese Weise zu triumphierten, und wir haben nicht mehr die Hälfte.“

Es verfiel sich von selbst, daß Gerüchte von einer Ministerkrise umlaufen. Als Thatfache kann ich aber nur melden, daß unwillkürliche Minister im Laufe des Tages dem Präsidenten ihre Demissionen — aber vergebend — angeboten haben.

**\*\* Paris, 22. Juli.** [Politische Memoire; See-  
narien:] Bulletin: *Reinischteel* Die Sitzung der Na-

n einer Zeit, da die „Die größten Städte und ungeschätzte  
der Majorität ihrer Bewohner orslamisch, die Bewohner des  
latten Landes dagegen werden täglich kramiger; würde die Prä-  
sidentenwahl morgen stattfinden, so zweifelt man kaum an der Wie-  
termahl L. N. Bonapartes. Aber die sozialistische Propaganda ist  
nentlich tätig und gewinnt täglich Terrain. Zu bid zwölf

— Gestern feierte der seit seinem 19. Jahre als Kassier bei der Verwaltung des Stadtgerichts angestellte Kassier Müller sein 50jähriges Dienstjubiläum. Am Vormittag besah sich der Stadtgerichts-Präsident, Hr. Schröder, die Kassiererkolonne der Kassabehaltung des Stadtgerichts und die älteren Kollegen und Freunde des Jubilars in dessen Wohnung. Der Stadtgerichts-Präsident Schröder überreichte im Namen des Justiz-Ministers dem Jubilar das Patent als Kassierchef des Stadtgerichts.

mens-Rabatte entfallen, einen mit Barrieren versehenen Weg um einen feld-  
mächtigen Waldespfad herum, weshalb sich auch eine Laube und Bänke unter 140  
alten Bäumen, die wie eine 20 bis 30 lange Barre zu Turn-Übungen be-  
nutzt. Die ganze Gesellschaft ist für eine Anzahl von 30 bis 40 Zöglingen  
hinreichend groß. Die hiesige Blinden-Anstalt nimmt jetzt nur Kinder von  
12 bis zum 15. Lebensjahre auf, nachher abwärts. Der gewöhnliche Di-  
rektor derselben, Dr. Gimpel, dem das Wohl der Blinden sehr am Herzen  
liegt, bemüht sich, auch für die Blinden, welche nach dem 15. Lebensjahre

— Die „Vörs.“ (Vörs. Zeitung) meldet über die vor einigen Wochen in der Wache beim Galischen Thore Aufsteigenden Selbstmordgefährdeten, wie die Untersuchung ergiebt, daß der Vertholl nicht so bedeutend war, wie das Gerücht ihm gemacht hat. Dementsitt ist die Untersuchung noch nicht. Ein pauperebelliger, ein freiwilliger Schützen-Unteroffizier aus Pölmberg, der

...lagert, in ständiger Saugens-unterstützt aus Halmes; die  
...flagranten ergreifen, gebunden und nach dem strengen Urtheil geführt  
...wurde, befehlte sich bereits wieder auf freiem Fuße. Seine Verurtheilung  
...haben ihm ein sehr gutes Zeugniß gegeben, und seine Freilassung hat er  
...Entlassung durch mehrere Zeugen zu veranlassen.

— V. Kolberg, wo Vater Karbe in seiner Einsamkeit über die Ver-  
gangenheit der letzten Herrlichkeit von 1848 Zeit genug hatte, nachzu-  
denken, übte eine besondere Attraktionskraft auf den bekannten Geist aus.  
Auch bezüglich nämlich, sich nach Kolberg abzugeben. Mittelbed  
ist sich der dieser Nacht im Grunde umgedreht haben.

— Die Brücke, welche bestimmt ist, die neue Verbindungsbahn der verschiedenen Berliner Eisenbahnen über die Obersee zu führen, ist bereits vom Bau begriffen. In der Gegend der Bülow'schen Schwimmanstalt ist man bereits eine Wahlbrücke über das Wasser geschlagen, welche den



Departement des Wissens und Ehrens gehören, Staat und Land, den Legitimisten, aber in sehr zahlreichen andern Dingen machen die Legitimisten die Majorität, d. h. sie sind die Minorität, aber die Partei hat die Majorität, auf deren Seite sie sich stellen. Die Kandidatur Ghangarini's ist noch ganz unbekannt in den Departements, die Kandidatur Cosignac existirt so zu sagen nicht, Cosignac ist schon ganz ein Mann der Vergangenheit. Nur die Kandidatur de Roches und die des hieher noch unbekannten Kandidaten der Rechten sind dem Präsidenten geläufig!<sup>1)</sup> Der Präsident der Republik las das Memoire durch und sagte fast: „Das ist Alles wenig schmeichelehaft für meine Eingeliebte, aber es ist wahr!“

In letzter Nacht ist das folgende Bülletin des Allfranzösischen Aufstandes an den Stragenden angelangt worden. Die Demokratie erklärt es natürlich für unächt. „An das Volk. XIII. Bülletin des Allfranzösischen Aufstandes. Die Unterdrückten haben sich unserer Freiheit bemächtigt; unsere politischen Verbündeten sind in dem Reichthum von Nizza lebendig begraben; und ermartet vielleicht dasselbe Schicksal. Was aber thut das? Wir werden deshalb nicht weniger unser Ziel verfolgen, welches darin besteht, der Centre-Revolution den verhängenden Schleier abzureißen und laut und unerschrocken auszusprechen, was jeder Vandalenfreudige leise bei sich denkt. Weit davon entfernt, uns zu ermaten, werden die Verfolgungen, denen wir uns Theil werden, unser Vertrauen in eine bessere und täglich näher Zukunft nur kräftigen. Volk von Frankreich, habe Muth und sei machthalt! An unserer Freiheit und Würdigen (1) Haltung soll sich, gegen unsere theure Nation gedrückte feindliche Bemühungen scheitern. Seien wir bereit, wenn es sein muß, unter reinem (2) Muth für ihre Vertheidigung zu vergießen. Reiner von uns wird kein Aupoll sehen. Wohl wissen wir, was uns, wenn wir befeigt werden, bevorzucht; eben so bestimmt aber wissen wir, was wir, wenn wir siegreich aus dem Kampfe gehen, zu thun haben werden. Und wir werden fliehen, denn unsere Sache ist heilig. Sie ist nicht allein die Sache Frankreichs, nicht allein Europa's: sie ist die der ganzen Menschheit. Läßt und also den Widerstand organisiren. Auf jeden Patriot aus der Tiefe seines Herzens: „Ja, im feindlichen Augenblicke werde ich zur Stelle sein, um die Menschheit zu retten, um die demokratische und sociale Republik zum Siege zu bringen!“ (Es lebe die Menschheit!“

— Der am Sonntag Vormittag verlebte Marschall von Frankreich Graf Franz-Georg von Sebaſtiani war am 11. Nov. 1771 auf der Inſel Corſica geboren, emals unter dem Hauſe Eſpooſi. Auf den franzöſiſchen Siegeszügen in Italien erlangte er die erſten militäriſchen Grade; 1799 bei Verona wurde er Colonel. Auf dem Felde von Austerliß wurde er Diſſident und ſchloß ſich in Spanien beſonders als Rittgeneral aus, auch in den Kämpfen der Jahre 1813 bis 15 wurde er oft mit Auszeichnung genannt. 1819 in Corſica für die Deputirten-Kammer gewählt, ließ er ſich durch den beau parleur Benjamin Conſtant zur liberalen Oppoſition verſühren und gehörte bald zu den Anführern des Palais-Napole. Louis Philippe's getreuer Schüler, ſprach er 1831 nach der Eröfnung Marſchau's das ihm ſo viel vererbte Wort: l'ordre regne à Paris! und war mehrere Male Miniſter, 1834 bis 1840 war er Louis Philippe's Oberkanzler zu Vendeſme und Napel. Dem Marſchallſtaß von Frankreich erhielt er am 21. October 1840. Seitdem war er eigentlich ein wenig vergessen, bis ihn ein grandmouſes Ereigniß wieder in das Gedächtniß der großen Welt zurückſetzte: Marſchall Sebaſtiani war der Vater der von ihrem Gemahl ermordeten Duheſſe von Choiseul-Pradlin.

Die hiesige Gemeindevorsteher hat den Vorschlag des Seine-Präsidenten, der Konvener Ausschließungs-Commission und den von den fremden Regierungen zur Ausstellung abgeschiedenen Commissionen Namens der Stadt Paris ein großes Fest zu geben, genehmigt und zugleich entschieden, daß der Stadt ein Fest zu geben, ein Concert und sämtliche Aftenern der Stadt Concert einzuladen und F. einzuholen soll, für die Dauer ihres Aufenthaltes Wohnung im hiesigen Stadthaus zu nehmen. Das Fest wird am 2. August mit einem Banquet von 500 Gedecken auf dem Stadthaus beginnen, am ein großes Concert folgen soll, bei welchem nicht bloß die bedeutendsten Sängertalente, sondern auch die vereinigten Orchester und die Chöreinnen der Oper und des Conservatoriums mitwirken werden. Am 3. August fallen sämtliche eingeladenen Fremde auf Rollen der Stadt nach Versailles, wo das Aufsehn ein Fest feierlich ist. Am 4. wird F. Napoleon den Gästen ein Fest im Schloß von St. Cloud veranstalten und am 5. die Stadt Paris ihnen einen glänzenden Ball geben, zu welchem man noch eine Anzahl anderer vom Vorkomitee zu beziehenden Engländer einzuladen beabsichtigt. Für die Rollen von Banquet, Concert und Ball hat der Gemeindevorsteher 150.000 Fr. bewilligt.

Sieben Mitglieder einer Räuberbande, welche die Departements der Loire und Ober-Loire heimsuchte, sind zum Tode verurtheilt und zwei derselben bereits hingerichtet.

**Paris, Mittwoch, 23. Juli, Abends 8 Uhr.**  
(Tel. G. V.) In der Legislative wird das Communal-  
Gesetz beschlossen. Der Marsch (Fest) hat begonnen.

Wesey verathen. Der Prozeß Caberé hat begonnen.  
**Paris, Donnerstag 24. Juli. Abends 8**  
**Uhr. (i. G. V.)** Die Urlaubs-Commission hat sich für  
 Vertagung der Legislativen ausgesprochen.

**Großbritannien.**

**London, 22. Juli.** [Parlaments-Verhandlungen.] Der Jude Salomons muß nochmals entfernt werden. Im Unterhaufe liest der Sprecher einen Brief des Juden Salomons, in welchem dieser die Umstände und Vorgänge ausdrußdrücklich, als am letzten Freitag selbst finden, als er den Sitz im Parlamente einzunehmen wolle. Hr. Benjamin Hall (Schwager des Preuss. Gesandten) will wissen, ob die Regierung den Salomons durch den Attorney-General geistlich belangen lassen wird, weil er sich umbringt oder ohne Mandat ins Haus einschleicht; in diesem Falle wird der neue Vertreter von Gretnah weiter gehen, er wird, und dies ist sein fester Entschluß, in den inneren Raum des Hauses treten, an der Geseßabstimmung seinen ständigen Platz einnehmen.

— 2. Vom Witten wird gemeldet, daß Herr v. Bude<sup>1</sup> vor Kurzem ein verheerendes Geschick in der Rheinischbischöpschen Pflanz zu Schalken-  
stein, „Sommerwäldchen“ verfaßt habe, die fürzlich in „Münche-  
ter“ großem Beifall aufgeführt worden. — Sollte dies unser Rammels-  
haus<sup>2</sup> sein? Wenn dieser „Sommerwäldchen“ wenig „Winterwäldchen“  
ähnlich, müssen wir für jetzthema „Zinfenkrieg“ danken.



Verantwortlicher Redacteur: Koenigsm.  
Verlag und  
Druck von C. G. Brandis in Berlin, Oranienstrasse 118.